

4,9 Millionen Franken pro Jahr mehr für die Mittelschulen

Der Grosse Rat lässt sich die Erhaltung der acht privaten Mittelschulen in Graubünden 4,9 Millionen Franken pro Jahr mehr kosten als bisher. Damit ist die Teilrevision des Mittelschulgesetzes unter Dach und Fach.

Von Denise Alig

Chur. – Der chaotische Auftakt zur Debatte über die Teilrevision des Mittelschulgesetzes vom Dienstag (Ausgabe von gestern) war auch gestern im Rat bei der Fortsetzung des Gesetzgebungsprozesses immer wieder ein Thema. Mehrere Grossratsmitglieder rügten, dass sie wichtige Entscheidungsgrundlagen erst gestern Morgen erhalten und die nötige Zeit nicht gehabt hätten, um das komplexe Geschäft zu studieren. Im Zentrum der Debatte stand der entscheidende Artikel 17, bei dem es um die künftigen Kantonsbeiträge an die privaten Mittelschulen ging.

Abends neue Anträge formuliert

Noch am Dienstagabend hatte die Vorbereitungscommission unter der Leitung von Luca Tenchio (CVP, Chur) mit Unterstützung der Kaderleute von Regierungsrat Martin Jägers Erziehungsdepartement ein neues Berechnungssystem erarbeitet. Dieses kommt ohne die von der Kommission ursprünglich beantragte Berechnungsvariante mit der Eigenkapitalverzinsung aus, die vom Rat als betriebswirtschaftlicher Sündenfall kritisiert worden war. Ziel blieb aber, eine Gleichstellung der privaten Mittelschulen mit der Bündner Kantonschule zu erwirken.

Fixe Zahlen im Gesetz

Neu beantragte die Kommission, pro Schüler «eine Investitionspauschale von 3009 Franken (Stand 31. Dezember 2012, Schweizerischer Baupreisindex Hochbau, Basisindex Oktober 2010 = 100 Punkte)». Dies mit dem Zusatz, die Investitionspauschale auf Beginn desjenigen Schuljahres, in



Überstimmt: Regierungsrat Martin Jäger muss für die privaten Mittelschulen mehr Geld ausgeben als er wollte.

Bild Marco Hartmann

welchem ein allfälliger Neubau Mensa/Mediothek der Bündner Kantonschule in Betrieb genommen wird, auf 3487 Franken zu erhöhen. Dieser Antrag wurde gegen den Willen der Regierung und einer Kommissionsminderheit mit 81:18 Stimmen angenommen. Dies unter Einbezug des Antrags von Ueli Bleiker (BDP, Domleschg), die Investitionspauschale als «zweckgebunden» zu bezeichnen. Die Regierung hatte inhaltlich das Gleiche gewollt, im Gesetz aber keine fixen Zahlen nennen wollen.

Regierung überstimmt

Mit 82:32 Stimmen angenommen wurde dann auch der neue Antrag der Kommissionsmehrheit, die Zusatzpauschale wie folgt zu definieren: «Die Schulen erhalten eine Zusatzpauschale, welche sich mit steigender Schülerzahl linear von 15 Prozent bei 30 beitragsberechtigten Schülern auf zwei Prozent bei 300 beitragsberechtigten Schülern reduziert. Für Schulen mit mehr als 300 beitragsberechtigten Schülern beträgt die Zusatzpauschale zwei Prozent.» Daraus entstehen im Vergleich zum Antrag der Regierung jährliche Mehraufwendungen von 1,36 Millionen Franken. Da die Regierung für die privaten Mittelschulen künftig insgesamt 3,5 Millionen hatte aufwenden wollen, werden demnach künftig (inklusive der von der Kommission neu eingeführten Pauschale für Sport- und Musikgebäude) pro Jahr 4,9 Millionen Franken ausgeschüttet.

Ein Ja ohne die SVP

Unmittelbar vor der Schlussabstimmung erklärte SVP-Fraktionschef Jan Koch (Fünf Dörfer), seine Partei könne die Revision nicht mittragen, weshalb sich die Fraktionsmitglieder der Stimme enthalten oder die Vorlage ablehnen würden. Als Gründe nannte Koch den unrühmlichen Verlauf der Parlamentsdebatte und die kurzfristig erstellten, neuen Entscheidungsgrundlagen. Schliesslich stimmte der Grosse Rat dem revidierten kantonalen Mittelschulgesetz mit 83:7 Stimmen zu.

KOMMENTAR 5. SPALTE

KOMMENTAR

ES BLEIBT EIN SCHALER NACHGESCHMACK

Von Denise Alig

Die Direktoren der acht privaten Mittelschulen in Graubünden haben sich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Ihr Lobbying vor der Debatte des Grossen Rates über die Teilrevision des Mittelschulgesetzes funktionierte perfekt. Die Damen und Herren Grossräte wurden von den Schulleitern vor der Session reichlich und systematisch mit Zahlenmaterial eingedeckt. Ihr ebenso starkes wie beklemmendes Hauptargument lautete: Wenn ihr uns nicht wesentlich mehr Geld gebt, überleben wir nicht.

Eine grosse Mehrheit des Rates nahm diesen Ball auf und argumentierte wortreich mit der grossen regionalwirtschaftlichen und bildungspolitischen Bedeutung der privaten Mittelschulen. Ob einschlägige Argumentationsketten aus Überzeugung dargelegt wurden oder aus Angst vor einer späteren Abstrafung durch die Wähler bleibt offen. Offensichtlich aber will der Grosse Rat um keinen Preis die Verantwortung für allfällige Schliessungen übernehmen. Also beschloss er für die privaten Mittelschulen jährliche Mehraufgaben von rund 4,9 Millionen Franken. Das sind 1,4 Millionen (!) mehr, als die Regierung vorgeschlagen hatte. Damit sind die Schulen fürs Erste gerettet. Für wie lange, steht angesichts der demografischen Entwicklung allerdings in den Sternen.

Dass sein Akt der Grosszügigkeit möglicherweise nicht nachhaltig sein könnte, weiss wohl auch das Parlament. Doch es wollte sich den Vorwurf ersparen, nicht alles versucht zu haben, um die acht privaten Schulen zu erhalten. Müssen dereinst doch Mittelschulen geschlossen werden, ist der Grosse Rat fein raus. Dürfen aber Leichtgläubigkeit und Opportunismus die Beweggründe für einen Millionen-Entscheid sein? In der Politik offensichtlich schon. Das ist der schale Nachgeschmack, der bleibt nach dieser Debatte. Ein weiterer kommt hinzu: Die Art und Weise der Entscheidungsfindung war unwürdig, wie mehrere Grossräte öffentlich beklagten. Vorliegender Fall ist jedenfalls nicht dazu angetan, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zu stärken.

dalig@suedostschweiz.ch

Der Kanton soll elektrisch fahren

Chur. – GLP-Grossrat Jürg Kappeler und zahlreiche Zweitunterzeichner verlangen vom Kanton, dass beim Ersatz beziehungsweise bei der Anschaffung von Fahrzeugen der Verwaltung auf Elektrofahrzeuge gesetzt wird. Das schreibt Kappeler in einem gestern eingereichten parlamentarischen Auftrag. Daneben solle der Kanton auch beim Aufbau von Infrastrukturen für das Aufladen von Elektromobilen unterstützend wirken, fordert er weiter. (so)

Pilzschontage im Kanton abschaffen

Chur. – Der Thusner CVP-Grossrat Roland Kunfermann steht dem geltenden Gesetz in Sachen Pilzsammeln kritisch gegenüber. Das geht aus einer Anfrage hervor. Pilzschontage, wie sie vom 1. bis und mit dem 10. Tag jedes Monats gelten, seien sehr fragwürdig, da der Pilzpopulation durch das regelmässige Sammeln «keine Schädigung» erfahre. Sinnvoller sei es ja, schreibt er in seiner Anfrage, vermehrt Pilzschutzgebiete auszuscheiden, wie das einige Gemeinden bereits jetzt täten. Kunfermann fragt die Regierung deshalb, wie sie zur Abschaffung der Schontage stehe. (so)

Ernüchterung nach dem Entscheid

Der Grosse Rat hat sich am Dienstag per Stichentscheid gegen die Einführung von Informatikmittelschulen an privaten Mittelschulen entschieden. Am Bildungszentrum Surselva ist die Enttäuschung gross.

Von Ursina Straub

Chur/Ilanz. – Marcus Beer gibt sich keine Mühe, seine Enttäuschung zu verbergen. Für den Schulleiter am Bildungszentrum Surselva ist der Entscheid des Grossen Rates gegen Informatikmittelschulen (IMS) unverständlich. «Da wird von den Randregionen immer verlangt, sie sollen innovativ sein. Doch wenn man innovativ ist, wird das von der Politik verhindert», meint Beer auf Anfrage.

Im Rahmen der Teilrevision des kantonalen Mittelschulgesetzes hat sich der Grosse Rat am Dienstag per Stichentscheid gegen Informatikmittelschulen an privaten Mittelschulen ausgesprochen (Ausgabe von gestern).

Die Berufsschule Surselva hat bereits ab diesem August als einjähriges Provisorium eine Handelsmittelschule mit Schwerpunkt Informatik angeboten. Sechs Schülerinnen und Schü-

ler haben mit dem Lehrgang begonnen. Vorgesehen wäre gewesen, dass sie ab nächstem Schuljahr direkt in die zweite Klasse der IMS hätten übertreten können, sofern sie die Promotionsbedingungen erfüllen.

Doch der Grosse Rat hat jetzt Informatikmittelschulen aus dem revidierten Mittelschulgesetz gekippt. Schulleiter Marcus Beer hat die Schüler heute über das Aus informiert. Alle seien dennoch entschlossen, das provisorische Handelsmittelschuljahr abzuschliessen, meint Beer.

«Kein duales Angebot existiert»

Für die Informatiklektionen hat der Schulleiter zwei neue Lehrkräfte eingestellt. Ob er diese nach dem Probejahr weiterbeschäftigen wird, weiss er noch nicht.

Die Informatikmittelschule konkurrenzieren das duale System, wurde im Vorfeld und während der Debatte zum Mittelschulgesetz immer wieder ins Feld geführt. Ein Argument, das Marcus Beer nicht nachvollziehen kann. Die Gewerbliche Berufsschule Chur besuchten rund 100 Schüler aus dem Bereich Betriebsinformatik und Systemtechnik. «Wir wollten ergänzend dazu den Bereich Applikationsentwicklung anbieten», so Beer. Gemäss Beer würden viele Jugendliche gerne Applikationsentwickler lernen,

aber fänden keine Lehrstelle. «Für diese wäre es ideal gewesen, sich während der schulischen Vorbereitung bereits mit der Programmiersprache vertraut zu machen. Das wäre keine Konkurrenz zum dualen Angebot gewesen», wird Beer deutlicher, «weil kein duales Angebot existiert.»

Was die Zukunft betrifft, gibt sich Beer nüchtern: «Wenn wir keine innovativen Lehrgänge anbieten können», meint er, «werden wir die Mittelschule aufgrund der demografischen Entwicklung in einigen Jahren vielleicht schliessen.»

IMS durch Machtprobe verhindert

Gleichsam enttäuscht vom Entscheid des Grossen Rates ist der CVP-Politiker Remo Cavegn, von dem die Forderung nach einer Mittelschule für Informatiker stammt: «Eine Machtprobe der Wirtschaftsverbände hat die IMS mit fadenscheinigen Argumenten verhindert», meint er. «Dadurch wird den Bündner Jugendlichen den Zugang zu einem zukunftssträchtigen Berufszweig verwehrt.»

Auch Bruno Büchi, Gesamtleiter des Hochalpinen Instituts Ftan, das ebenfalls Informatikklassen führen wollte, findet den Entscheid «sehr, sehr schade». Man werde nun prüfen, ob Informatik in einer anderen Form stärker gewichtet werden könnte.



- Nachtragskredite bewilligt;
- die parlamentarische Fragestunde bestritten;
- die Teilrevision des Gesetzes über die Mittelschulen im Kanton Graubünden beschlossen;
- einen parlamentarischen Auftrag betreffend Leistungssport auf der Sekundarstufe II abgewiesen;
- zwei Anfragen diskutiert;
- die Oktobersession beendet.